

Wie NRW sich selbst versorgen soll

Es gibt Konzepte für mehr Anbauflächen und viel mehr regionale Vermarktung.

VON SINA ZEHRFELD

DÜSSELDORF | Zwei Jahre lang hat eine Enquete-Kommission des Landtags gearbeitet, um gemeinsam und fraktionsübergreifend zu Empfehlungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Nun hat das Gremium mit dem Titel „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ seinen Abschlussbericht vorgelegt. Im April wird sich der Landtag damit befassen.

Zuvor setzen die Parteien bereits eigene Schwerpunkte. CDU, FDP und Grüne beantragen gemeinsam die Gründung einer gemeinnützigen Landgesellschaft in Nordrhein-Westfalen. Diese soll für Ackerbau und Weiden geeignete Areale sichern, damit sie nicht anderweitig genutzt werden.

Die SPD wiederum legt ein Positionspapier vor, in dem sie ein Konzept für die Ausweitung der regionalen Wertschöpfung entwirft. Eine der Kernideen darin: Für die Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln in den Landstrichen, in denen sie auch produziert werden – was die Versorgung sichern und Vertriebswege verkürzen soll – braucht es beispielsweise Mühlen zum Mahlen und Reinigen von Getreide oder Ölsaaten; auch braucht es Schlachthöfe, Keltereien, Molkereien und dergleichen. Heute sind diese

Einrichtungen häufig auf wenige Anbieter im In- oder Ausland konzentriert. Die SPD sieht es als politische Aufgabe, das zu ändern. Dass Landwirte sich am Weltmarkt orientieren müssten, führe dazu, „dass unsere Umwelt leidet und die Landwirtschaft von dem, was sie produziert, nicht mehr wirklich leben kann“, so Annette Watermann-Krass, Sprecherin der SPD-Fraktion in der Kommission.

Unterstützung darf die SPD wohl von den Grünen erwarten. Es sei „eine Riesenchance“, wenn es gelinge, zu regionalen Vermarktungsstrukturen zu kommen, heißt es von deren Seite. Großer Konsens besteht darüber, dass auch für die Landwirtschaft die Digitalisierung vorankommen soll: „Wir brauchen 5G an jeder Milchkanne“, betont die FDP.